

Auswirkung der 1:12 – Initiative auf Kanton und Gemeinden

In einer Interpellation fordert die FDP-Fraktion die Regierung zu einer Stellungnahme auf

Dr. Daniel Heller, Grossrat, Fraktionspräsident, Erlinsbach
E-Mail: heller@farner.ch



Der Regierungsrat liefert erschreckende Zahlen in seiner Antwort zur Interpellation der FDP – Fraktion vom 17. September 2013. Die Auswirkungen der verantwortungslosen 1:12 – Initiative auf die Finanzen von Kanton und Gemeinden wären erheblich. Kanton und Gemeinden im Kanton Aargau müssten bei einer Annahme jährlich mit Mindereinnahmen von bis zu 32 Millionen Franken rechnen. Bezahlen müsste diese Ausfälle vor allem der Mittelstand mit höheren Steuern.

Konkret wollte die FDP-Fraktion von der Regierung wissen, mit welchen Ausfällen bei Sozialversicherungen (AHV, IV, EO) und Steuern bei einer Annahme der Initiative zu rechnen ist. Eine Annahme der VI würde zu einer Plafonierung der Löhne in den Unternehmen in der Grössenordnung von 500'000 bis 700'000 Franken führen. Bei den vom Regierungsrat auf einer Simulation mit diesen Daten zum Steuerjahr 2009 basierenden Zahlen verschlägt es einem fast den Atem: Bei Gemeinde-, Kantons- und direkter käme es zu Mindereinnahmen von bis zu 32 Millionen Franken! Die Sozialversicherungen wären mit Ausfällen von bis zu 12 Millionen Franken betroffen. Der Regierungsrat führt aus, dass die Mindereinnahmen bei den Steuern den kantonalen Finanzhaushalt spürbar und nachhaltig beeinträchtigen würden.

Massive Ausfälle, die der Mittelstand kompensieren müsste

Die folgende Tabelle stellt die in den Fragen separat ausgewiesenen Werte zusammengefasst dar:

	Plafonierung bei		
	Fr. 500'000.–	Fr. 600'000.–	Fr. 700'000.–
Anzahl betroffene Personen	332	190	130
Mindereinnahmen Kantonssteuern in Millionen Franken	12,0	10,0	9,0
Mindereinnahmen Gemeindesteuern in Millionen Franken	9,0	7,0	6,0
Mindereinnahmen Direkte Bundessteuer 100 % in Millionen Franken	11,0	9,0	7,0
davon 17 % Kantonsanteil	1,9	1,5	1,2
Mindereinnahmen insgesamt in Millionen Franken	32,0	26,0	22,0
Mindereinnahmen Sozialversicherungen in Millionen Franken	12,0	10,0	8,0

Standortqualität gefährdet

In den Standort-Rankings der Credit Suisse ist der Aargau stets bei den Spitzenplätzen positioniert. Mit einer Annahme der 1:12 – Initiative würde auch die Standortqualität des Aargaus gefährdet: Ein liberaler und flexibler Arbeitsmarkt zählt zu den wichtigsten Standortfaktoren. „Es ist zu befürchten, dass die Initiative durch die zusätzliche Regulierung diesbezüglich einen negativen Einfluss hat“, erklärt der Regierungsrat. Er betont auch, dass es in Europa kein Land gibt, in welchem der Staat den Unternehmen eine obere Lohngrenze vorschreibt.

Das staatliche Lohndiktat hätte auch Auswirkungen auf den kantonalen Finanzausgleich: Die Abgaben der finanzstarken Gemeinden würden sich reduzieren. In der Folge müssten sie die Steuern anheben, damit der Finanzausgleich gegenüber den finanzschwachen Gemeinden gewährleistet werden kann.

Neid und Ignoranz sind schlechte Ratgeber, auch in der Politik

Ausgerechnet die Sozialisten schädigen mit ihrer reisserischen Initiative den Staat und die Sozialwerke. Sie vergessen, dass rund 10% der Bevölkerung mit guten Einkommen für 78 Prozent (!) der direkten Bundessteuer aufkommen. 90 Prozent zahlen ganz 22 Prozent. Kappt man die hohen Einkommen, muss die Steuerlast nach unten umverteilt werden oder der Staat muss massiv sparen.

Schlicht unberechenbar sind die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wenn man sich ausmalt, wie viele Arbeitsplätze mit Niedriglöhnen durch Outsourcing, Umwandlung in Praktikantenstellen oder Beschäftigungsverträge mit Scheinselbständigen umgewandelt bzw. auf dem Papier als offizielle Arbeitsplätze gestrichen werden, dann läuft es einem kalt den Rücken herunter! Unser neu-gewählter Parteipräsident Matthias Jauslin hat zu Recht festgehalten: „Unglaublich, mit welcher Naivität die Initianten unseren Wohlstand und unsere Sozialwerke auf Spiel setzen.“

Diese Vorlage ist undurchdacht, inkompetent und für die Schweiz verheerend. Die FDP Aargau kämpft dafür, dass „1:12“ am 24. November deutlich abgeschmettert wird!
